

Die langen Wurzeln – Zur Geschichte des Rechtsradikalismus in Deutschland (Ost und West)

Ruprecht Polenz

Ein „Alarmsignal“ hat Innenminister Horst Seehofer den Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke genannt, ganz so, als hätte er wie ein Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen. Dabei hätten die Alarmglocken seit langem läuten müssen. Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln, Solingen, die NSU-Morde: Die „Tageschau“ hat in ihrem Faktenfinder 229 Morde, 123 Sprengstoffanschläge, 2173 Brandanschläge, zwölf Entführungen und 174 bewaffnete Überfälle seit den Siebzigerjahren aufgelistet, die auf das Konto von rechtsextremistischen Terroristen gehen. Ermittler fanden bei Razzien in der rechtsextremen Szene sogenannte Feindeslisten mit 25.000 Namen.

Aber Zusammenhänge und Kontinuitäten wurden übersehen oder ausgeblendet, wenn über die einzelnen Straftaten und Vorfälle berichtet wurde. Auch in den inzwischen zahlreichen Büchern, die sich mit dem Rechtsradikalismus im allgemeinen und der völkisch-nationalistischen AfD im besonderen auseinandersetzen, werden lange Linien eher selten gezogen.

Das Buch „Zur Rechten Zeit – Wider die Rückkehr des Nationalismus“ nimmt diese Perspektive ein. Die Historiker Norbert Frei, Frauke Maubach, Christina Morina und Maik Tändler wollen die „wiederkehrenden rechten Logiken aufzeigen und durchschaubar machen“ und nehmen dafür die jüngere deutsche Geschichte seit 1945 bis heute in den Blick. Wichtig dabei: Es geht um die deutsche Geschichte, also die der Bundesrepublik und der DDR. Ältere Zeitzeugen werden an manches erinnert.



Ruprecht Polenz

war von 1994 bis 2013 Bundestagsabgeordneter und von 2005 bis 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. 2000 war er Generalsekretär der CDU. Seit 2012 ist Polenz Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO)

Zur Rechten Zeit

Wider die Rückkehr des Nationalismus

Norbert Frei, Christina Morina, Frauke Maubach, Maik Tändler



Aber die Entwicklungen des Rechtsradikalismus im jeweils anderen Teil Deutschlands haben wahrscheinlich die wenigsten genauer verfolgt.

Die AfD bekommt heute in den neuen Bundesländern teilweise mehr als 20 Prozent der Stimmen, deutlich mehr als im Westen, wo ihre Werte um die 10-Prozent-Marke pendeln. Viel ist über die Gründe geschrieben worden. Der Osten fühle sich abgehängt, nicht ernst genommen, gedemütigt. Das bestätigen auch die Autor*innen. Aber sie erklären die hohen Wahlergebnisse der AfD nicht nur mit der Zeit nach 1990, sondern auch mit der DDR-Geschichte seit 1945 und einer „Vergangenheitsbewältigung“, die eine breite, gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht zugelassen habe.

Die DDR verstand sich per Definitionen als sozialistischer und antifaschistischer Staat. In ihrem Narrativ war es der Kapitalismus, der zum Faschismus und zum Nationalsozialismus geführt hatte. Den Kapitalismus hatte die DDR überwunden. Ergo konnte es Rechtsradikalismus in der ostdeutschen Gesellschaft nicht mehr geben. Ein Irrtum, wie das Buch nachweist.

„Weil wir das (fast) alles schon mal hatten“ überschreiben die Historiker*innen ihre Einleitung und wollen die „wiederkehrenden rechten Logiken aufzeigen“ und durchschaubar machen.

„Zur Rechten Zeit“, so das Wortspiel des Buchtitels geht es um eine Auseinandersetzung mit der derzeit dominanten Form nationalistischer Politik, dem Populismus. Damit ist nicht eine deftige Sprache gemeint oder besondere Volkstümllichkeit, wie manche denken, die sich aus ihrem Lateinunterricht daran erinnern, dass *populus* das Volk heißt.

Die Autor*innen folgen der Definition von Hans Werner Müller, wonach Populismus immer antipluralistisch und damit antidemokratisch ist, weil sich Populisten als einzige Vertreter des wahren Volkes und seines Willens verstehen. Dabei definieren sie selbst, wer zu diesem Volk gehört (Abstammungsprinzip) und vor allem, wer nicht dazu gehört: Muslime, Einwanderer, Flüchtlinge.

Populisten führen einen Kampf gegen das „Establishment“, zu dem alle außer ihnen selbst gehören, vor allem die sog. „Altparteien“, weil es sich „volksschädlich“ verhält. Die Medien gehören zu diesem „System“ und werden deshalb pauschal als „Lügenpresse“ diffamiert. Man versteht sich als Bewegung mit dem Standbein auf der Straße. Die AfD fungiert als parlamentarischer Arm von Pegida.

Der Frage, wie es dazu kommen konnte, geht das Buch mit einem Rückblick auf die gesamtdeutsche Geschichte seit 1945 nach. Es beschreibt die Zeit der „Entnazifizierung“ in der Bundesrepublik nach dem Krieg, den Widerstand dagegen und das rasch wachsende Bedürfnis nach einem „Schlussstrich“.

In dieser Phase verbanden die ostdeutschen Kommunisten unter dem Schlagwort der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ ihre Lehren aus der NS-Zeit mit dem Aufbau einer neuen politischen Ordnung. Zwar war die Geschichte des „Dritten Reichs“ in der DDR allgegenwärtig. Aber sie wurde „ideologisch verkürzt, verfälscht und politisiert“. Man konzentrierte sich auf den kommunistischen Widerstand und den „siegreichen Kampf der Sowjetunion“. So konnte sich nach Ansicht der Au-

tor*innen „in der DDR, anders als im Westen, auch auf längere Sicht keine (selbst)kritische gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit entwickeln.“

In der Bundesrepublik gab es in den 50er und 60er Jahren verschiedene Versuche einer politischen Mobilisierung und Sammlung im „nationalen Lager“. Davon wurden Deutschnationale ebenso angezogen wie Anhänger einer sog. „Konservativen Revolution“. Unter diesem Begriff, der vor kurzem nochmal Karriere machte, wollte Armin Mohler in den 20er Jahren die Weimarer Republik durch einen autoritären Staat ersetzen. Auch in den 50er Jahren galt in diesen Kreisen die liberale parlamentarische Demokratie als Ergebnis westlicher Fremdherrschaft, gegen die „Widerstand“ zu leisten war. Die NPD hatte es mit dieser Rhetorik Ende der 60er Jahre in etliche Landtage geschafft und 1969 den Einzug in den Deutschen Bundestag nur knapp verfehlt.

In einem Längsschnitt zeigen die Autor*innen die Veränderungen im Umgang mit der NS-Vergangenheit seit den 70er Jahren. Die Fernsehserie „Holocaust“ habe viele aufgerüttelt und zu einer intensiven Auseinandersetzung geführt. Auf der anderen Seite formierten sich sog. Wehrsportgruppen, denen auch der Attentäter auf das Münchner Oktoberfest im Jahr 1980 angehörte. Bei diesem Anschlag starben 13 Menschen; über 200 wurden verletzt.

Die „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik und die „Vertragsarbeiter“ in der DDR lösten jeweils ausländerfeindliche Reflexe aus. Als sich nach dem Anwerbestopp von 1973 immer mehr Türken auf Dauer in der Bundesrepublik niederließen, breiteten sich in den 80er Jahren manifeste Ressentiments und auch Gewalt gegen Ausländer aus.

Auch in der DDR gab es Gewalt gegen Ausländer, die allerdings als „Rowdytum“ und nicht als Ausländerfeindlichkeit eingeordnet wurde. Die Autor*innen sprechen von einer „Tolerierung der Gewalt gegen Ausländer in der späten DDR“, die auf den „Vereinigungs-rassismus nach 1990“ vorausweise.

In der Transformationskrise nach 1989/90 habe sich der Ausländerhass in ganz Deutschland ausgebreitet und zugleich seine Gestalt verändert. „Der Vereinigungs-rassismus war ein gesamtdeutsches Syndrom. Von den gewalttätigen Anti-Ausländer-Protesten etwa in Rostock-Lichtenhagen führt eine Kontinuitätslinie über zahlreiche politisch motivierte Morde und Verbrechen des NSU bis in die Gegenwart der rechtsradikalen Strömungen“.

Nach Ansicht der Autor*innen kann der Zulauf, den Pegida, AfD und Identitäre Bewegung in den letzten Jahren erfahren haben, „und der zum Teil aus der Mitte der Gesellschaft kommt“ nur verstanden werden, wenn die Geschichte Ostdeutschlands vor und nach der deutschen Einheit berücksichtigt wird.

Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus haben derzeit in Deutschland Konjunktur. Wie das Buch „Zur Rechten Zeit“ zeigt, liegen die Ursachen lange vor dem Jahr 2015. Die seitdem ins Land gekommenen Flüchtlinge haben die latente Grundstimmung in ziemlich breiten Kreisen der Bevölkerung nur zusätzlich angefacht. „Die vermeintlichen Randprobleme auf der Rechten (haben) die bundesdeutsche Geschichte kontinuierlicher durchzogen und stärker geprägt als vielfach angenommen.“

Der Rechtsruck der letzten Jahre ist ein gesamtdeutsches Problem. Das macht die vorliegende Analyse deutlich.

Der gegenwärtige Erfolg der AfD beruhe „auf dem gelungenen Spagat zwischen konservativem Bürgertum, verunsicherten Protestwählern und Rechtsradikalen“, an dem die NPD nach 1969 gescheitert sei und der auch andere Rechtsparteien überfordert habe.

Nun erleben wir gegenwärtig eine Diskussion, die manche als einen Machtkampf innerhalb der AfD deuten. Vermeintlich „Gemäßigte“ um den Parteivorsitzenden Meuthen stünden dem sog. „Flügel“ um Höcke gegenüber. Richtig daran ist, dass Meuthen, aber auch Gauland und Weidel vielfach weniger radikal wahrgenommen werden, als Höcke oder der brandenburgische Spitzenkandidat Kalbitz.

Aber Gauland bezeichnet Höcke als „Seele der Partei“, Meuthen wird nicht müde zu versichern, dass der „Flügel“ selbstverständlich integraler Bestandteil der AfD sei. Wie auch anders. Schließlich geht nach Einschätzung vieler AfD-Kenner schon länger nichts mehr gegen Höcke und seinen Flügel.

Falls Meuthen allerdings das Schicksal seiner Vorgänger Lucke und Petry teilen sollte, würde auch nach außen sichtbarer, wohin sich die AfD insgesamt seit langem entwickelt hat: sie ist eine völkisch-nationalistische, rechtsradikale Partei. Dann könnte es mit dem Spagat zu Konservativen oder Protestwählern schwieriger werden.

Umberto Eco, unter Mussolini aufgewachsen, hat eine Liste von 14 Merkmalen des Faschismus erarbeitet. Es lohnt sich, die einzelnen Punkte mit den Forderungen von Parteien der AfD zu vergleichen.

<https://www.pressenza.com/de/2017/10/14-merkmale-des-ur-faschismus-nach-umberto-eco/?fbclid=IwAR3Fjfatfr4yWhkAhY79D2iL-Fte9yLIDDFeutqzRIJa4JSs8eZzw0URNxw>

Meinungsvielfalt und Pluralismus werden abgelehnt: Die natürliche Angst vor Unterschieden wird ausgebeutet und verschärft. Der erste Appell des Faschismus oder Vorfaschismus richtet sich gegen Eindringlinge.

Übersteigter Nationalismus spielt eine zentrale Rolle. Menschen, die sich der sozialen Identität beraubt fühlen, wird ein einziges Privileg zugesprochen: In demselben Land geboren zu sein. Die Wurzel der urfaschistischen Psychologie ist Verschwörung. Die Anhänger müssen sich belagert fühlen, am besten durch Fremde.

Und schließlich die Sprache: Urfaschismus spricht „Neusprache“: Ein verarmtes Vokabular mit Framing und Deutungshoheit. Von „Lügenpresse“ bis „Umvolkung“ werden Begriffe neu etabliert. Die Grenzen des Sagbaren werden immer weiter ins Rechtsradikale verschoben.

„Zur Rechten Zeit“ läßt uns diese Entwicklungen besser verstehen. Wer längere Linien sieht, kann besser abschätzen, wie es weitergehen könnte. Zwar dringt der Rechtspopulismus in die Mitte der Gesellschaft vor, wie die Autor*innen beschreiben. Aber parallel dazu wachse genau dort auch das „Bedürfnis nach Orientierung, Selbstvergewisserung und demokratischer Standfestigkeit.“ Der Kampf gegen das ‚System‘ habe ein unbekanntes Engagement für die Republik hervorgebracht.

Dieses Engagement durchzieht auch das ganze Buch. Es gab Stimmen, die das als nicht wissenschaftsgemäß kritisiert haben. Aber auch wissenschaftliche Bücher müssen nicht blutleer daherkommen. Man darf spüren, was die Autor*innen bewegt und wozu sie beitragen wollen: sauber recherchiert, wissenschaftlich belegt, historisch fundiert. Aber eben auch mit einer Haltung, ohne die es beim Bewerten sowieso nicht geht. Da käme das scheinbar Neutrale bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus rasch wie Verharmlosung daher.

Die Haltung der Autor*innen ist dem Grundgesetz verpflichtet. Rechtsstaat und Verfahrensloyalität ermöglichen es ihrer Ansicht nach, „Gemeinsinn in einer Gesellschaft zu stiften, in der Menschen mit verschiedener Herkunft und mehreren Heimaten leben.“ Dieser Verfassungspatriotismus ermögliche eine Haltung, die gegenüber antidemokratischen Herausforderungen standhaft bleibe.

Das Buch endet mit einer Einsicht und einem Appell, dem sich der Rezensent anschließt: „Die in Jahrzehnten gewachsene Wertschätzung des Grundgesetzes vermag einen gelebten Humanismus zu begründen, den nach wie vor eine Mehrheit der Bundesbürger als identitätsbestimmend empfindet. Nicht Schicksalsbeschwörung, sondern eine solidarische, an der Lösung von Problemen orientierte Praxis schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Einsicht lohnt es zu verteidigen.“



Timo Werner

Pathetische Politikvermittlung Zur Bedeutung von Emotionen in der Europakommunikation

Schriftenreihe Politik und Kommunikation, Band 3

2019 • ca. 290 Seiten • Kart. • ca. 39,90 € (D) • ca. 41,10 € (A)

ISBN 978-3-8474-0592-4 • eISBN 978-3-8474-0979-3

Lässt sich Europa über die Ansprache von Emotionen besser vermitteln als über den bisherigen, stark informationsorientierten Ansatz? Welche Rolle können Emotionen in der strategischen politischen Kommunikation spielen?

In ganz Europa wächst die Skepsis gegenüber der EU. Obwohl es an Informationen nicht mangelt, gelingt es weder den politischen AkteurInnen noch den damit beauftragten BeamtInnen, Europa den BürgerInnen nahezubringen. Der Autor stellt mit dem Konzept der Pathetischen Politikvermittlung einen Ansatz zur Behebung dieses Vermittlungsdefizits vor, der mit der gezielten Ansprache von Emotionen als Teil politischer Kommunikation arbeitet.

Dr. phil. Timo S. Werner,

Geschäftsführer Frank-Loeb-Institut Universität Koblenz-Landau, Campus Landau

www.shop.budrich.de